

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 11

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

land. Unsere ganze Liebe, unsere Treue gehört unserem sozialistischen Vaterland. Das erklären wir voller Stolz massenweise und keinesfalls zufällig ganz besonders im Jahr des 7. Parteitages der SED.

Mit der Liebe zum Vaterland sind in der Welt schon heroische Taten vollbracht worden. Denk an Matrossow, Hans Beimler, Adolf Hennecke, Juri Gagarin. Unsere Zeit verlangt von uns Kataloge neuer Namen.

Urbanisierung und Wohnungsproblem in Polen

Von allen Problemen, welche die Urbanisierung Polens mit sich bringt, ist es das Wohnungsproblem, das der durchschnittliche Bürger am meisten zu spüren bekommt. Die fortgeschrittene Urbanisierung brachte nämlich bessere Wohnbedingungen für die Bevölkerung, hauptsächlich in den Städten. Trotzdem hat man aber auch beträchtliche Schwierigkeiten. In den Jahren 1946 bis 1965 ist die städtische Bevölkerung Polens von 7,4 Millionen auf 15,6 Millionen gestiegen (um 110 Prozent). Während der gleichen Zeit stieg die Zahl der Wohnungen um 113 Prozent, jene der Wohnzimmer um 135 Prozent. Man beobachtet also eine quantitative Besserung auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft.

Die Zahl der auf 1000 Personen entfallenden Wohnungen stieg von 259 im Jahre 1946 auf 274 im Jahre 1965 an. Die durchschnittliche Grösse der Wohnungen, gerechnet an der Zimmerzahl, wurde grösser, und die auf ein Zimmer entfallende Mieterzahl ging zurück. Auf eine Wohnung entfielen 2,30 Zimmer im Jahre 1946 und 2,65 Zimmer im Jahre 1965. Die Zahl der auf ein Zimmer entfallenden Mieter senkte sich im gleichen Zeitraum von 1,67 Personen auf 1,43 Personen.

Auch qualitativ haben sich Wohnungsbau und Wohnungsbestand verbessert. Die Zahl der Personen, die in der Wohnung ein WC haben, ist von 2,7 Millionen im Jahr 1950 auf etwa 9,9 Millionen im Jahre 1965 gestiegen. (Polen hat beinahe 32 Millionen Einwohner.) Die Zahl der Personen, die in der Wohnung die Vorteile eines Badezimmers geniessen können, ist von 1,6 Millionen auf 5,7 Millionen gestiegen.

Zu diesem Bericht aus «Trybuna Ludu» kann folgendes zusätzlich erwähnt werden:

Im Jahre 1966 hat man 10,3 Prozent aller Investitionen, insgesamt 13,8 Milliarden Zloty, für Wohnungswirtschaft verwendet («Trybuna Ludu», 8. Februar 1967). Das Wirtschaftsjahrbuch Polens für 1966 (Rocznik polityczny i gospodarczy, Warschau 1966, S. 476/477) beanstandet jedoch, dass der prozentuale Anteil der Investitionen für Wohnungsbau, gerechnet zur Gesamtsumme der Investitionen, von Jahr zu Jahr zurückgeht. So belief er sich im Jahre 1965 auf 14,5 Prozent, während er im Jahre 1964 15,6 Prozent und im Jahre 1960 19,5 Prozent betragen hatte. Die Folge ist, dass die während der letzten Jahre beobachtete stufenweise Besserung der Wohnungslage für die Zukunft gefährdet ist. Infolge des stufenweisen Rückganges des natürlichen Zuwachses der Bevölkerung kann jedoch diese Tendenz ausgeglichen werden. Der natürliche Zuwachs der Bevölkerung belief sich im Jahre 1965 auf 314 000 Personen, während er im Vorjahr noch auf 327 000 Personen zu stehen kam. Die Zahl der geschlossenen Ehen ging von 1964 auf 1965 sogar um 13 Prozent zurück und betrug 200 600.

Wenn sich die Wohnungslage in Polen auch verbesserte, bleibt die alte Institution der «Kolchoswohnung», das heisst eine von mehreren Familien bewohnte Wohnung mit gemeinsamer Küche usw., immer noch erhalten, und es braucht noch ziemlich viel Zeit, bis jede Familie ihre eigene Wohnung haben kann.

L. R.

nen. Dadurch verletzen sie übrigens die verfassungsmässig verankerte Arbeitspflicht (Artikel 12 der Sowjetverfassung lautet: «Die Arbeit ist in der UdSSR Pflicht und Ehrensache eines jeden arbeitsfähigen Bürgers nach dem Grundsatz: ,Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen...«).

Auch die erwerbstätige Frau ist durch die Haushaltarbeit zusätzlich belastet, in der sie auch in der Sowjetunion den Hauptteil leistet. Infolge des Mangels an Haushaltgeräten namentlich auf dem Lande und den Schwierigkeiten der Versorgung (man muss zwar weniger als früher, aber immer noch häufig genug Schlange stehen) bleibt den erwerbstätigen Frauen kaum Zeit zur Weiterbildung und Erholung.

Schliesslich zeigt es sich, dass auch in der Sowjetunion die Männer in der Erwerbsarbeit bevorzugt werden, und zwar sowohl in der «Kaderpolitik» als auch in der Entlohnung.

Paradoxiere Weise wird die Lage der jungverheirateten Frauen zum Teil durch die Wohnungsnot erleichtert. Der Zwang, längere Zeit bei den Eltern wohnen zu müssen, der für viele junge Ehepaare besteht, wirkt sich nämlich u. a. als Arbeitsentlastung aus. Während die sowjetischen Familien im Durchschnitt aus vier Personen bestehen, umfassen die Haushalte meistens sieben bis acht Personen.

Eine soziale Grundlage für die stark angestiegene Erwerbstätigkeit der Frau liegt noch darin, dass die Zahl der kinderreichen Familien wie in den meisten europäischen Ländern auch in der Sowjetunion ständig zurückgeht.

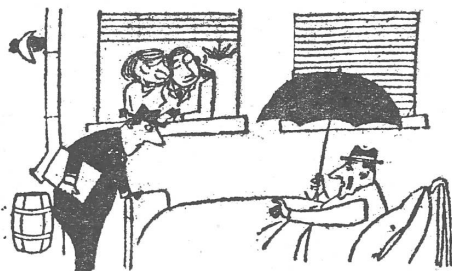
In eigener Sache

Die KB-Abonnenten erhalten regelmässig unsere neuesten Bücher zur Ansicht, damit sie über unsere Forschungstätigkeit orientiert bleiben.

Die meisten Abonnenten sind froh über diese zusätzliche unverbindliche Information. Einige haben uns gebeten, von weiteren Sendungen Abstand zu nehmen. Hier liegt unser Problem. Wir sind darauf angewiesen, den Ansichtssendungen weiterhin durchzuführen. Es ist uns aber technisch unmöglich, einzelne Adressen bei der automatischen Adressierung der Sendungen herauszunehmen. Um nicht einzelne Abonnenten zu verärgern oder sie ganz zu verlieren, möchten wir Sie, lieber Abonnent, um Ihr Verständnis bitten. Wir weisen auch hier darauf hin, dass bei diesen Ansichtssendungen überhaupt keine Kaufverpflichtung besteht. Und wir nehmen es niemandem übel, wenn wir die Sendung kommentarlos zurückerhalten. Die Rücksendung ist in der gleichen Verpackung portofrei, und Sie können sie entweder sofort Ihrem Paketbriefträger oder später der Post übergeben.

Wir wissen, dass die täglichen Prospekt- und Ansichtssendungen ungeheure Ausmasse angenommen haben. Gleichwohl zählen wir auf Ihr Verständnis. Und versichern Sie unseres Dankes.

Verwaltung SOI



Wohnungsteilung: «Machst du Camping, Onkel Kovacs?» — «Nein, aber mein Sohn hat geheiratet.» («Uj Szo», Bratislava)



Leben im Altersheim: «Meine Tochter bringt mir ihr Kind immer tagsüber zur Aufsicht.» («Uj Szo», Bratislava)

Die sowjetische Frau zwischen Arbeit und Familie

Die sowjetische Presse widmet dem Thema der Frau im Betrieb und zu Hause recht grosse Aufmerksamkeit. Auf die neuen Zahlen zur Eingliederung der Frau im Wirtschaftsleben haben wir im KB, Nr. 9 (S. 6/7, «Die Frauenarbeit in der Sowjetunion») hingewiesen. Nach dieser Darstellung (namentlich aus «Ekonomitscheskaja Gasjeta») stellen die Frauen 54,1 Prozent der gesamten Bevölkerung und 49 Prozent aller Arbeitnehmer.

Diese Angaben werden durch zahlreiche Berichte der Sowjetpresse ergänzt, aus denen sich Schlussfolgerungen über die spezielle Lage der Frau zwischen Arbeit und Familie ziehen lassen.

So sind einerseits die Frauen schon deshalb zur Erwerbstätigkeit genötigt, weil die Familien vom Lohn des Ehemannes allein nicht leben könnten. Andererseits aber gibt es in der Sowjetunion über 12 Millionen Hausfrauen, welche wenigstens Teilzeitarbeit leisten möchten, dazu aber nicht in der Lage sind, weil sie ihre Kinder nicht in den Kindergärten und Kinderkrippen unterbringen kön-

Die Slogans in Ljubljana

In der letzten Nummer hatten wir kurz vermerkt, dass an den Mauern der Philosophischen Fakultät von Ljubljana «staatsfeindliche politische Parolen» mit roter Farbe angemalt worden waren. Unterdessen hat die Zagreber Zeitung «Vjesnik u srijedu» einiges zur Begebenheit geschrieben und bringt sie mit dem Fall Mihajlov in Zusammenhang.

Drago Tovic, der Autor des Beitrages, vertritt die Meinung, dass die Schmierereien bei vielleicht ausländischer Inspiration auf Vertreter der «alten klerikalen Gesellschaft» zurückzuführen seien. Neben solchen mehr polemischen als sachbezogenen Vermutungen aber enthalten doch einige Angaben auch konkretere Hinweise, die aufschlussreich sind. So scheinen die insgesamt 11 Parolen keineswegs leicht auf einen Nenner zu bringen, sondern eher auf sämtliche gegenwärtigen politischen Schwierigkeiten des Landes Bezug zu nehmen. So vermerkt Tovic, es seien Ideen eines «Anarcho-Liberalismus» und eines staatlichen Unitarismus» propagiert worden. Im weiteren ist anscheinend eine Parteinahme im unglücklichen Sprachstreit zwischen Kroaten und Serben erfolgt, der nach einer separatistisch ausgedeuteten Sprachdeklaration kroatischer Kulturorganisationen wieder lebhaft entflammt ist. Tovic fährt in seiner Beschreibung fort:

«In einer Parole wird den Völkern Jugoslawiens empfohlen, untereinander eng zusammenzuarbeiten. (Wogegen doch wohl nichts einzuwenden wäre!) In einer zweiten wird das „ruhmreiche slowenische Volk“ gepriesen, und in einer dritten wird bereits die Trennung des Kommunistenbundes (Kommunistische Partei) vom Sozialistischen Bund der Werktätigen Sloweniens (die Parteiorganisation dieser Teilrepublik) verlangt. Im weiteren werden wiederholt manche Ideen propagiert, die Mihajlo Mihajlov sehr laut verkündigt und ins Ausland geschmuggelt hatte. Auf ihn bezieht sich sehr wahrscheinlich die Parole, in der die Freilassung aller politischen Gefangenen verlangt wurde.»

Diese Vermutung des Autors ist interessant, zeigt sie doch, dass er den Einfluss des rebellischen Dozenten aus Zadar hoch einschätzt, da er sonst doch kaum aus einer so allgemein formulierten Forderung auf eine so konkrete Anwendung schliessen würde. Zu einem ähnlichen Thema vermerkt Tovic noch, allerdings ohne nähere Angaben, dass auch der «Djilasismus glorifiziert» worden sei.

Dass es gerade in Slowenien zu dieser «antisozialistischen Schmiererei» ge-

kommen ist, überrascht nicht. In Slowenien gab es eine Gruppe der sogenannten «christlichen Sozialisten», die während des Krieges zwar eng mit der titoistischen «Befreiungsfront Sloweniens» zusammenarbeiteten und zum Siege Titos in Slowenien beitrugen, im übrigen aber von seiner Auffassung des Sozialismus weit entfernt waren und es auch heute noch sind. Der Widerstand in Slowenien kommt aus ihren Reihen. Tovic macht übrigens im Eventualzusammenhang mit den fraglichen Parolen auf den Einfluss des slowenischen Historikers Ciril Zebot aufmerksam, der in einer Abhandlung über die Rolle der «Befreiungsfront Sloweniens» andere Ansichten vertreten habe als die offiziellen Historiker. Er nennt diesen Wissenschaftler einen Theoretiker der konservativen kirchlichen Richtung und einen klerikalen Historiker. Vermutlich ist in Professor Zebot indessen eher ein Vertreter der ehemaligen «christlichen Sozialisten» zu sehen, der den Beitrag dieser Kreise zur Befreiung Sloweniens in einer Art schilderte, welche den offiziellen Parteihistorikern nicht passte.

Mihajlov hatte einmal darauf hingewiesen, dass in Slowenien «Sympathisanten eines christlichen Personalismus» existierten, die er zur Mitarbeit an der letzten Jahr von ihm geplanten Zeitschrift zu gewinnen hoffte. Es lässt sich vorstellen, dass die Opposition an der Philosophischen Fakultät in Ljubljana aus diesen Kreisen stammt.

Die jugoslawische Parteireform

Kurz nach Abschluss der Karlsbader Konferenz wurde in Jugoslawien der seit langem erwartete Entwurf über die Reorganisation des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, wie die kommunistische Partei dort offiziell heisst, veröffentlicht. Das in vier Kapitel unterteilte Dokument umfasst etwa 15 000 Worte, doch können fünf Punkte als besonders wichtig betrachtet werden:

1. Das jugoslawische System der Arbeitsselbstverwaltung hat nach dieser Darstellung den Weg zu einer «Umwandlung des gesamten politischen Systems» geöffnet. Die Umwandlung

wird in Richtung auf Demokratisierung und möglichste Abschaffung bürokratischer Auswüchse gesehen.

2. Die «Liberalisierung und Demokratisierung der Regierungsstellen» wird schliesslich zum Absterben des Staates führen.

3. «Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens ist nicht eine politische Partei im klassischen Sinn des Wortes und vertritt keine speziellen Parteinteressen.»

4. Die Partei muss zu einer «breiten politischen Organisation» werden, zu einem Zusammenschluss «aller sozialen Kräfte, welche die sozialistischen Grundlagen der Gesellschaft anerkennen». Diese Organisation müsse den freien Ausdruck echter Interessenkonflikte und ihre demokratische Lösung ermöglichen. Auf diese Weise überwinde man einerseits das Einparteiemonopol, andererseits aber auch die Basis zu einem Mehrparteiensystem, das unter diesen Umständen hinfällig sei.

5. Die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern sind in erster Linie ihrer eigenen Arbeiterklasse und Bevölkerung gegenüber verantwortlich. Dies bedeutet, dass «ein erfolgreicher Kampf für den Sozialismus im gegenwärtigen Zeitpunkt die volle Unabhängigkeit der Arbeiterbewegungen und -parteien in einzelnen Ländern voraussetzt, ferner ihre vollständige Gleichheit bei der Bestimmung der Formen der Zusammenarbeit auf der Basis von objektiver und grundsatztreuer Diskussion und konstruktiver Kritik. Nur unter Achtung dieser Grundsätze, die jegliche Hegemonie (einer Partei) ausschliessen, lässt sich unter den gegenwärtigen Bedingungen die Einheit der sozialistischen und progressiven Kräfte schaffen».

In Jugoslawien ist man sich durchaus bewusst, dass dieser Entwurf mit seinen häretisch anmutenden Thesen trotz seiner Schockwirkung in Osteuropa einen beträchtlichen Einfluss auf die internationale kommunistische Bewegung ausüben kann. Die jugoslawischen Pressekommentare dazu illustrieren das. So etwa liess sich Präsidiumsmitglied Mijatovic in einem Interview über verschiedene Auffassungen zwischen jugoslawischen und osteuropäischen Persönlichkeiten aus. Gewiss werde etwa die Bürokratie einmütig als ein dem Sozialismus fremdes Phänomen gebrandmarkt, doch verstehe man unter Bürokratie unterschiedliche Dinge und sei sich auch nicht einig, mit welchen Mitteln sie zu bekämpfen sei. Auch erinnerte Mijatovic seine Zuhörer daran, dass in der Sowjetunion der Stalinismus als «akzidentelles Geschwür» betrachtet worden sei, welches man nach dem Tode Stalins zum Verschwinden gebracht habe. «Indessen wissen wir», fügte er hinzu, «dass dies nicht der Fall gewesen ist. Historische Ereignisse und selbst die gegenwärtige Situation in der internationalen kommunistischen Bewegung bestätigen unsere Ansicht».

Im Organ «Kommunist» verband der mazedonische Parteiführer Crvenkovski die bürokratischen Kräfte in Jugoslawien mit denjenigen, welche auch in der internationalen Bewegung aktiv

seien. Diese suchten ihre eroberten Positionen und Vorherrschaften beizubehalten, zeigten aber damit nur ihre eigene Unfähigkeit, das Wesen neuer sozialer Phänomene zu sehen.

Chinesische Reisangebote

China hat Indien 200 000 Tonnen Reis angeboten. Dieser Schritt folgt substantiellen chinesischen Reislieferungen nach Pakistan, Guinea, Syrien und anderen Ländern, ferner einem Angebot von 20 000 Tonnen an Nepal. Vor einem Jahr noch hatte Peking in seinem «Reiskrieg» mit Kuba festgehalten, es sei ausserstande, Kuba mit der gleichen Menge an Reis zu beliefern wie bisher, da es nationale Reserven aufbauen müsse.

Das chinesische Angebot an Indien erfolgt zu einem Zeitpunkt, da eine globale Reisknappheit herrscht und die indische Produktion besonders schwach ist. Die indischen Zentralbehörden in Neu-Delhi sind um Reislieferungen nach dem südindischen Kerala angefragt worden, welches nach den letzten Wahlen eine kommunistische Regierung vorwiegend prochinesischer Richtung erhalten hat. Die Möglichkeit direkter Verhandlungen zwischen Kerala und China bezüglich Reislieferungen war im April in einer prochinesischen kommunistischen Zeitung auf Ceylon, «Kamkaruwa», erwähnt worden. Nach dieser Darstellung habe der Regierungschef von Kerala, Nambudiripad, die Zentralbehörden um die Genehmigung ersucht, selbst die nötigen Vereinbarungen zu treffen, falls sich Neu-Delhi ausserstande sehe, Kerala mit genügend Reis zu versorgen. «Kerala», so wurde im betreffenden Artikel weiter ausgeführt, «hat eine marxistisch-leninistische Regierung und wird jede benötigte Reismenge von China erhalten können. Die Frage ist nur, ob es Indien zulässt».

Da Lebensmittellimporte in der ausschliesslichen Kompetenz der Zentralregierung liegen und die indischen Häfen mit dem Umschwung von grossen Getreidelieferungen voll ausgelastet sind, könnte das Peking Angebot die Wirkung haben, Spannungen zwischen Kerala und der Bundeshauptstadt hervorzurufen.

Pfadfinder-Rehabilitierungen in der CSSR

In der Tschechoslowakei werden allmählich die Leiter der Pfadfinderorganisationen rehabilitiert, die man zu Beginn der fünfziger Jahre wegen angeblicher Spionage und subversiver Tätigkeit zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt hatte.

Die Pfadfinderbewegung war in der CSSR bald nach der kommunistischen Machtübernahme von 1948 aufgelöst worden. Etliche ihrer Leiter wurden verhaftet, als sie sich der Auflösung widersetzen, und später vor Gericht gestellt.

Den jüngsten Erfolg in der angelaufe-

denz

Tschannerstrasse 14
Telefon 031-45 11 51

clichés bern

nen Rehabilitierungskampagne konnte der Apotheker Dr. Miroslav Strzinek für sich buchen, der 1952 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Er gab sich mit einer teilweisen Rehabilitierung einer ersten Gerichtsinstanz nicht zufrieden und erreichte, dass ein Berufungsgericht sämtliche seinerzeit erhobenen Anklagen als völlig unbegründet feststellte.

Strzinek und sechs weitere ehemalige Pfadfinderleiter hatten im Dezember letzten Jahres ein Prager Gericht zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bewegen können, in deren Verlauf sich wenigstens die Anklagen wegen verätherischer Tätigkeit als unhaltbar erwiesen. Das Gericht erkannte an, dass die Geständnisse unter Druck abgegeben worden waren und dass Aussagen von Funktionären der Sicherheitspolizei aus «mutwilligen Lügen» bestanden hatten. Auch wurde gerichtlich festgestellt, dass die Geheimpolizei in einigen Fällen als Agent provocateur gehandelt hatte.

Liess aber das Gericht die Anschuldigungen wegen Verrats durchwegs fallen, so beharrte es in einigen Fällen doch auf aufrührerische Tätigkeit oder den Versuch dazu. Während die meisten der ehemaligen Verurteilten den Gerichtsspruch annahmen, appellierte Dr. Strzinek und erlangte im Berufungsverfahren tatsächlich vollständige Rehabilitierung.

Möglicherweise wird man sich jetzt offiziellerseits auch mit den seinerzeitigen Anklagen gegen acht weitere Pfadfinderleiter befassen, die sich seit 1952 im Gefängnis befinden. Eine Rehabilitierung oder gar Wiederzulassung der Pfadfinderbewegung als solche wird allerdings nicht in Aussicht genommen.

Verbrecherin Musik

Das alte Gespenst aller guten Kommunisten, die westliche Musik, ist in Bulgarien wieder aufgetaucht, um die Jugendlichen zu Verbrechen zu animieren.

Ein Regierungsfunktionär, Yanko Markov, sagte in einem Gespräch, das von Radio Sofia übertragen wurde, die Vorliebe für westliche Musik sei der Untergang einer Teenager-Gang, die «sich wie Rowdies aufführten, ihre Lehrer und andere Jugendliche angriffen und Mädchen verführten». Die Mitglieder dieser Bande, alle im Alter zwischen 15 und 18 Jahren, werden jetzt vor ein Gericht gestellt.

Markov beschuldigte eine andere Teenager-Bande des Diebstahls von Damenkleidung, Tonbandgeräten und Radioapparaten, begründet auf ihre Bewunderung westlicher Mode und Musik. Er forderte einen intensiven Kampf gegen «den Mangel an Disziplin und die Verletzung der öffentlichen Ordnung; gegen diejenigen Familien und Lebensumstände, die ein solches asoziales Verhalten überhaupt erst ermöglichen».

Bulgariens Funktionäre haben kürzlich wachsende Besorgnis über die Verhaltensweise der Jugend gezeigt. In Bulgarien gibt es sogar eine «Zentrale

Kommission für den Kampf gegen antisoziale Erscheinungen unter den Teenagern». Im Dezember hat diese Kommission vor den «kapitalistischen Ueberbleibseln» bei Jugendlichen gewarnt, die Material und Stil der Kleidung westlicher Touristen bewunderten, und hat erklärt, es sei erforderlich, gegen den Einfluss westlicher Musik und «anderer bourgeois Ideologien» zu kämpfen.

Bulgarische Tanzorchester spielen sehr viel Musik westlicher Art, doch die amtlichen Stellen möchten sie mehr auf die traditionelle Volksmusik hinlenken. Echte westliche Musik ist meistens nur in den Touristengebieten an der Schwarzmeerküste zu hören.

Arme Funktionäre

In der Tschechoslowakei ist es heutzutage nicht mehr populär, Funktionär zu sein. In der Prager Jugendzeitschrift «My 67» schreibt Jan Prochazka unter anderem:

Aemter haben heutzutage weniger Anziehungskraft als in den rauheren Tagen der Vergangenheit. Wer heute ein öffentliches Amt bekleidet, zieht daraus keine Vorteile, im Gegenteil. Es haben sich Fälle ereignet, in denen Leute, die jahrelang einen Sitz in einem Ausschuss innehatten, sich plötzlich nicht mehr sehen liessen, ihre Besuche bei Milizveranstaltungen einstellten und statt dessen lieber daheim Parties veranstalteten. Auch gehen sie vom Parteigruss ab, den sie früher laut und deutlich vernehmen liessen, und greifen wieder auf die alte Grussformel zurück. Karrieristen sind die ersten, die in schwierigen Tagen ausfallen.

Man muss zugeben, dass es heutzutage nicht populär ist, Funktionär zu sein. Weder Funktionen noch Dekrete, sondern nur die geleistete Arbeit und eine anständige Lebensart verbürgen heutzutage Ansehen und Respekt...

Kino wurde zum Tribunal

Zum Gerichtssaal wurde im Ostberliner Stadtteil Wilhelmsruh das Kino «Lunika», als kürzlich eine Strafkammer des Stadtbezirksgerichts Berlin-Pankow vor erweiterter Öffentlichkeit gegen eine Ladendiebin verhandelte. Die Nachbarschaft der Angeklagten war zu diesem Schauprozess eingeladen worden, obgleich die Angeklagte nicht vorbestraft war und — was während des Prozesses wiederholt bestätigt wurde — in ihrer Tätigkeit als Fachverkäuferin eines Fischgeschäftes gute Arbeit leistet.

Die 48jährige Verkäuferin hatte bei Einkäufen in einem Selbstbedienungsladen fünfmal Lebens- und Genussmittel, hauptsächlich Schokolade und Pralinen, entwendet. Wegen fortgesetzten Diebstahls zum Schaden gesellschaftlichen Eigentums wurde die Angeklagte, die sich in der Kino-Verhandlung wie an den Pranger gestellt vorkommen musste, zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten, für die ihr eine Bewährungsfrist von zwei Jahren zubilligt wurde, und einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt.



Ein wenig Courage braucht es schon, für den RANGER in «verde artico».

RANGER heisst dieser Veston. «Verde artico» ist seine Farbe. Das ist männlich kühles Grün für Kühne.

Es ist ein Veston im kommenden Sporting-look: schlanke Silhouette, langer Rückenschlitz, schräge Taschen.

Verarbeitung: RITEX! Sie sehen's gleich beim Probieren.

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

In Kürze

An der Ostberliner satirischen Zeitschrift «Eulenspiegel» ist nunmehr der Posten des Chefredaktors besetzt worden, der seit dem Tode von Peter Nelsen im Juli 1966 vakant geblieben war. Sein Nachfolger Gerd Nagel scheint sich bisher weder als Humorist noch als Satiriker einen Namen gemacht zu haben, kann aber auf eine Funktionslaufbahn in der Parteipresse zurückblicken. Man vermutet, dass er auf seiner neuen Stelle in erster Linie eine Ueberwachungsfunktion auszuüben hat.

32 Meter unter der Erde wird in Ostdeutschland Goethes «Urfaust» aufgeführt werden, und zwar im Rahmen der Höhlenfestspiele, die vom 2. Juni bis zum 5. August in Rübeland (Harz) stattfinden. In den dortigen Tropfsteinhöhlen ist eine Naturbühne eingerichtet worden.

Für die ostdeutsche Jugend wird in Leipzig ein Buch mit sowjetischen Heimat- und Soldatenliedern herausgegeben. Das in russischer und deutscher Sprache herausgegebene Werk erscheint zu Ehren des 50. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution.

Die «Peking-Rundschau» ist in der Sowjetunion verboten worden. Die in verschiedenen Fremdsprachen heraus-

gegebene chinesische Zeitschrift scheint allerdings ihre Adressaten in der UdSSR schon seit einigen Monaten nicht mehr erreicht zu haben.

Um Guevara

Seit Che Guevara, seinerzeit Kubas zweiter Mann, vor einem Jahr verschwunden ist, hat das Rätsel um seinen Verbleib angehalten. Heute scheint es durchaus möglich, dass er an der Spitze der Guerillas steht, die in Bolivien eine starke Tätigkeit entfalten.

Ende April dieses Jahres hatte Castro in Havanna eine angeblich neue Photographie Guevaras veröffentlicht lassen, um seine mehrmalige Versicherung zu unterstreichen, Guevara sei am Leben und werde noch vor Ablauf dieses Jahres von sich hören lassen. Unterdessen hat der bolivianische Armeekommandant Jorge Belmonte Ardiles erklärt, Guevara sei seines Wissens mindestens zweimal in Bolivien gewesen, um mit einheimischen Rebellenführern zu konferieren. Es bestünden Gründe zur Annahme, dass er die Guerillas in Bolivien leite.

Guevara hatte seinerzeit als Exponent einer «chinesischen» revolutionären Linie der bewaffneten Machtübernahme in Lateinamerika gegolten, womit er in Gegensatz zu den Theorien der friedlichen Machtübernahme gekommen war, welchen die meisten offiziellen kommunistischen Parteien in Lateinamerika anhängen.